Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 27 245
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Andreas Kugler (SPD)

vom 01. April 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. April 2021)

zum Thema:

Lichtzeichenanlagen (LZA) an der Einmündung Ostpreußendamm / Osdorfer Straße

und **Antwort** vom 20. April 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. April 2021)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Andreas Kugler (SPD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/27245
vom 01.04.2021
über Lichtzeichenanlagen (LZA) an der Einmündung Ostpreußendamm / Osdorfer Straße

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage:

Ist es zutreffend, dass die Senatsverwaltung eine Modernisierung der Lichtzeichenanlagen im Kreuzungsbereich Ostpreußendamm/ Osdorfer Straße plant?

Antwort:

Ja.

Frage:

Welche konkreten Veränderungen an der bestehenden Lichtzeichenanlage und den Ampelphasen soll im Zuge der Modernisierung vorgenommen werden?

Antwort:

Die zusätzlich zur regulären Modernisierung der Anlage durchzuführenden Anpassungen werden derzeit geprüft. Es ist beabsichtigt, eine Ausweitung von Tempo 30 (Schulwegsicherung / Kita) anzuordnen sowie eine getrennte Signalisierung für die aus der Einmündung einbiegenden Fahrzeuge gegenüber dem parallelen Fußverkehr vorzusehen.

Frage:

Für wann ist die Umsetzung der Maßnahmen geplant?

Antwort:

Auf Grund der notwendigen Klärungen der zusätzlichen Umfänge und der damit einhergehenden planerischen und baulichen Mehraufwände ist eine Umsetzung der Maßnahme bis Ende 2021 avisiert.

Frage:

Sieht die Senatsverwaltung besondere Herausforderungen, die die Modernisierung des Kreuzungsbereiches verzögern könnte?

Antwort:

Nein.

Frage:

Möchte die Senatsverwaltung darüber hinaus weitere Angaben zum Sachverhalt machen?

Antwort:

Nein.

Berlin, den 20.04.2021

In Vertretung
Ingmar Streese
Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz